

„Lichterloh brennende Autos und Müllcontainer erhellen die nächtliche Szene. Steine fliegen und Molotow-Cocktails, wütend geschleudert von jugendlichen Banden. Die verhasste nationale Bereitschaftspolizei CRS, in Kampfausrüstung in dem Pariser Vorort angerückt, antwortet mit Gummigeschossen und Tränengas.“

DPA-Meldung vom 3. November 2005



www.spiegel.de

« On fait pas baisser la température en cassant le thermomètre. »¹

Porträt einer Generation:
Jugendliche zwischen Integrationsproblemen,
Massenarbeitslosigkeit und Kriminalität

Eine Reise in die französischen Vorstädte

Reisestipendium
Heinz-Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa

Juli / August 2006
Julia Hagenkötter

¹ Graffiti in Barbès; sinngemäße Übersetzung: Man senkt nicht die Temperatur, indem man das Thermometer zerbricht.

Ein Bericht soll es werden. Das klingt nach Fakten, Daten, Tatsachen, Analysen. Damit kann ich nicht dienen. Das, was ich von meiner Reise mitbringe, sind Geschichten. Es sind viele kleine unscheinbare Geschichten, die ich suchen musste, obwohl sie eigentlich nicht schwer zu finden sind. Wenn man bereit ist, zuzuhören.

Jede Geschichte für sich genommen ist wahrscheinlich nicht mehr als ein kleines Puzzle-Teil, ein Mosaik-Steinchen. Aber es sind Geschichten, wie sie nur das Leben selbst schreiben kann. Geschichten von der Liebe zur Heimat, von der Sehnsucht danach, dazu zu gehören, von Erwartungen, die enttäuscht wurden, von Menschen, die keine Chance hatten – und sie genutzt haben.

Ich bezweifle, dass das Puzzle je fertig sein wird. Und das ist das Schöne daran. Ich habe ein kleines bisschen weiter daran gearbeitet und ich glaube, ich habe dabei begriffen, worum es geht.

Jeder einzelne, mit dem ich sprach, war dankbar, dass ihm jemand zuhörte und ebenso überrascht, dass sich jemand für seine Geschichte interessierte. Manch einer wusste nicht einmal, dass er eine Geschichte zu erzählen hatte.

Da ist zum Beispiel Salim, der seit drei Jahren in Rennes lebt und noch immer keinen Anschluss gefunden hat. Zurück in seine Heimat Mauritius will er trotzdem vorerst nicht, weil ungewiss wäre, ob er je wieder zurück nach Frankreich könnte.

Salim holt seinen Lebenslauf aus seinem Rucksack und zeigt ihn mir stolz. Im Moment arbeitet er als Maurer, davor hat er sein Glück als Reiseführer, Kellner, Gärtner und Küchenhilfe versucht. „Ich mache jede Arbeit, die die Franzosen nicht machen wollen.“ Und wovon träumt er? „Von einem eigenen Restaurant, in dem ich mein eigener Chef bin.“

Einen großen Wunsch, einen heimlichen Traum haben hier alle. Für Amadou, den ich in einer afrikanischen Bar treffe, ist der allerdings schon ausgeträumt. Vor vier Jahren verließ er den Senegal, um in Frankreich eine Karriere als Fußballer zu beginnen – jetzt arbeitet er als Maler. Die Tatsache, dass er überhaupt in Frankreich ist, verdankt er seinem Onkel, der ihm ein Visum bis 2013 besorgt hat. Die Suche nach Arbeit ist dennoch hart. „Die geben immer den Franzosen den Vorzug, sogar, wenn die schlechter qualifiziert sind.“ Viele von Amadous Freunden haben ihren Namen ändern lassen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu



verbessern. Darüber kann Amadou nur den Kopf schütteln. „Ich bin stolz auf mein Land und meine Herkunft.“

Auf dem Place Hoche treffe ich Fati, 18. Es ist ein unscheinbarer, grauer Platz im Norden von Rennes. Nur wenige Menschen verirren sich an diesen trostlosen Ort. Für Fati und seine Freunde also optimale Bedingungen. Das Skateboarden ist Fatis größte Leidenschaft. Nach der Musik, versteht sich. Englische Musik muss es sein. Ich frage ihn nach seiner Lieblingsband. Er beginnt, mir ein Lied vorzusingen, bricht dann aber ab. Fati spricht kein Englisch und versteht deswegen nichts von dem, was er singt.

Ich frage ihn, wie es sich hier lebt, als Dunkelhäutiger. „Du meinst, ob es hier Rassismus gibt? Klar. Aber das spielt sich alles ganz subtil ab, sozusagen nonverbal. Ein böser Blick sagt eben oft mehr als tausend Worte. Bist du schwarz, hast du schlechte Karten. Wenn du es dann trotzdem beruflich zu etwas gebracht hast, lassen die Franzosen dich ihren Neid spüren. Uns gönnt man den Erfolg erst recht nicht.“ Den Glauben an das Versprechen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ hat er längst verloren. Dabei nennt sich Frankreich selbst gern „terre d'accueil“, das Land, in dem jeder willkommen ist.

Auf die Politiker in seinem Land ist Fati nicht gut zu sprechen. „Sarkozy und die anderen sind doch nur Heuchler. Das einzige, was die wirklich interessiert, ist ihre Karriere.“

Fatis Freund Medhi, 22, stimmt ihm zu. „Ich verstehe die Jugendlichen, die in den Vororten randaliert haben. Wäre ich in Paris gewesen, hätte ich mitgemacht.“

Ich frage Medhi nach seinem Wunsch für die Zukunft. „Einen BMW, eine schöne Frau und ein großes Haus“ antwortet Medhi.



Rennes

Arm neben reich

Hier in Rennes, 350km westlich von der Hauptstadt, gab es ähnliche Szenen wie in Paris. Dutzende brennende Autos und Mülleimer, junge Randalierer, die Nacht für Nacht die Konfrontation mit der Polizei suchen, ein Hubschrauber der Gendarmerie, der die Stadt aus der Luft überwacht. Alles in allem aber nicht zu vergleichen mit den Konfrontationen im Département Seine-

Saint-Denis. Zu verdanken hat die Stadt das wohl vor allem seinem Bürgermeister Edmond Hervé und dessen Wohnungsbaupolitik. Er verfolgt ein einfaches Ziel: Keine Ghettos. Sozialwohnungen und Plattenbauten entstehen mitten in den schicken Vierteln, Arme und Reiche leben Tür an Tür. Für jedes neue Wohnungsbau-Programm sind mindestens 25% Sozi-

alwohnungen vorgeschrieben. Um Schlafstädte zu vermeiden, legt man bei neuen Wohnsiedlungen Wert auf die Nähe zu öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Ämtern. Die Universität und das Nationaltheater der Bretagne hat man deshalb auch mitten in die Wohnviertel gebaut.

Zugegeben: Im Kampf gegen die Ghettos hat Rennes es leichter als andere Städte. Der Ausländeranteil ist geringer, die Arbeitslosigkeit liegt unter dem Landesdurchschnitt.

Paris

„Nach Afrika? – Fünf Minuten mit der Metro“

Während der Pariser Süden rund um den Place d`Italy im Laufe der letzten Jahrzehnte zum Asiatenviertel geworden ist – von den Parisern selbst nur „Chinatown“ genannt – stammt der Großteil der im Nordosten lebenden Bewohner aus Nord- und Schwarzafrika. Das 18., 19. und 20. Arrondissement waren im 19. Jahrhundert traditionelle Arbeiter- und Handwerker Viertel. Heute leben hier Afrikaner aus Algerien, Tunesien, Marokko, Kamerun, Senegal und dem Kongo.



Die Metro, die mich aus dem Zentrum von Paris zur Station Barbès-Rochechouart bringen soll, füllt sich mehr und mehr mit Afrikanern. Frauen in farbenprächtigen Tuniken, Mädchen mit Rastazöpfen, arabische Wortfetzen. Gerade noch war ich in einem Gewühl aus Pariser Geschäftsleuten, die auf dem Weg zur Arbeit die Titelseite von „Le Monde“ überfliegen, und japanischen Touristen, die mit Kamera und Reiseführer auf der Jagd zur nächsten Sehenswürdigkeit sind. Fünf Minuten mit der Metro reichen aus für eine Reise vom Eiffelturm auf den Schwarzen Kontinent.

Als ich in Barbès aus der Metro steige, die hier als Hochbahn verläuft, befinde ich mich unmittelbar vor „Tati“, einem Billigkaufhaus am Boulevard de la Chapelle. An den Wühltischen, die sich über viele Meter entlang des Boulevards erstrecken, herrscht dichtes Gedränge. Ich wage mich weiter hinein ins Viertel, vorbei an senegalesischen und äthiopischen Restaurants, vorbei an Textilgeschäften mit bunten, glitzernden Baumwollstoffen, Friseuren, die auf Rastazöpfe und Dreadlocks spezialisiert sind, Internet-Cafés, die die Preise für ein Telefonat in die Heimat angeschlagen haben, vorbei an Lebensmittelgeschäften mit exotischem Obst und scharfen Gewürzen.

Tagsüber mag das Leben hier bunt und friedvoll erscheinen. Die Gegend um die Rue de la Grotte d'Or ist jedoch bekannt für Drogenhandel, Prostitution und Waffenschmuggel. Häufige Razzien und eine neue Polizeiwache mitten im Viertel sollen dem ein Ende setzen.

Als ein Erfolg haben sich bereits die Sanierungsmaßnahmen erwiesen, die die Stadt seit Anfang der 80er Jahre ergriffen hat.

Bröckelnde Fassaden und baufällige Häuser wurden saniert oder durch Neubauten ersetzt. Bauarbeiten prägen auch jetzt noch das Straßenbild.



In der französischen Städtebaupolitik liegt eine mögliche Ursache, die mitverantwortlich für den Ausbruch der Unruhen sein kann. Als mit Georges-Eugene Haussmann Mitte des 19. Jahrhunderts die großen Boulevards entstehen, werden die Bewohner der dicht besiedelten Armenviertel in die Außenbezirke gedrängt. Bis heute heißen diese „Banlieues“, auf

Deutsch etwa „gebannte Orte“ oder „Bannmeilen“.

In der Nachkriegszeit gelten Frankreichs Vorstädte als Musterbeispiel für moderne Architektur. Um die französische Landbevölkerung aufnehmen zu können, errichtet man innerhalb kürzester Zeit Großwohnsiedlungen, sogenannte „grands ensembles“, die später vor allem Gastarbeiter aus den ehemaligen französischen Kolonien aufnehmen.

Erst in den 80er Jahren erkennt man die Folgen dieser Städtebaupolitik. Mangelnde Planung und Koordination der verschiedenen Träger und Behörden haben dazu geführt, dass viele der Siedlungen durch ihre schlecht gewählte Lage nicht mit dem Verkehrsnetz verbunden sind. Außerdem fehlen oft zusätzliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Einkaufsmöglichkeiten.

Aus der massenhaften Unterbringung sozial schwacher Gruppen ist ein riesiges Problem entstanden. Viele Banlieues sind zu Ghettos für Immigranten geworden.

In ganz Frankreich gibt es 751 dieser strukturschwachen Wohngebieten, so genannte „Zones Urbaines Sensibles“, in denen insgesamt 5 Millionen

Menschen leben. Mit 20% ist die Arbeitslosigkeit hier doppelt so hoch wie im Rest des Landes. In den Pariser Banlieues liegt die Arbeitslosigkeit der 15-24jährigen sogar bei über 40%.

„Man interessiert sich nur für die Viertel, wenn sie brennen“

Die Politiker in Paris und auf kommunaler Ebene haben mit neuen Städtebauprogrammen reagiert. Bis 2008 sollen über 30000 Wohnungen zerstört und durch kleinere Einheiten ersetzt werden. Seit 1997 hat man außerdem so genannte „Zones Franches Urbaines“ ausgewiesen, in denen Unternehmer teilweise von Sozialabgaben und Gewerbesteuer befreit sind.

Insgesamt 333 Millionen Euro sollen bis 2010 in die „Quartiers sensibles“ von Clichy-sous-Bois und Montfermeil investiert werden, um die Isolierung der Siedlungen zu durchbrechen. Eine effiziente Verkehrsanbindung und öffentliche Einrichtungen sind unerlässlich. Als positives Beispiel einer solchen Siedlung ist La Courneuve zu nennen, wo dank staatlicher Intervention eine ausreichende Versorgung garantiert ist. Dort gibt es neben Schulen, Kindergärten und Verwaltungsbüros eine Fülle an kulturellen und sozialen Einrichtungen.

Eine Verkäuferin im Viertel von Orgemont, Departement Seine-Saint-Denis, ist trotzdem kritisch: „Man hat viel gehört von den Plänen der Regierung, aber hier sieht man gar nichts davon. Unser Viertel gehört seit einem Jahr zu den „Zones Franches Urbaines“. Neue Unternehmen könnten hier von Steuerbefreiungen profitieren. Aber nicht ein einziges ist gekommen! An der Arbeitslosigkeit hat sich hier nur für wenige etwas geändert. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, man interessiert sich nur für diese Viertel, wenn sie brennen.“



Ich fahre weiter mit der Metro nach Belleville. Der Name, „Schöne Stadt“, täuscht. Belleville gehört mit Barbès zu den gefährlichsten Vierteln, die Paris zu bieten hat. Die Straßenschilder am Boulevard Belleville sind zugeklebt mit Zetteln. Auf einem lese ich: « *Sans papiers / sans droit / écrasés pas la loi* ». Auf einem anderen, nur wenige Meter entfernten Schild prangt in Großbuchstaben die Forderung « *Justice raciste libérez vos camarades sans papiers!* » Und schließlich ein Drittes: « *Sans papiers assassinés / arrêtez le massacre* ».

Wer immer diese Plakate geschrieben haben mag, er hat damit vielen, die hier leben, aus der Seele gesprochen. All denen, die eben „sans papiers“, illegal und mit gefälschtem Visa, hier leben. All denen, deren ständiger Begleiter die Angst vor der nächsten Polizeikontrolle, vor der nächsten Razzia ist, weil sie von heute auf morgen abgeschoben werden können. All denen, die sich allein gelassen und machtlos fühle, die weder vor noch zurück können. 250.000 Menschen leben ohne Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich, heißt es im Regierungsbericht 2004. Andere Schätzungen liegen deutlich höher.



Ein Rückblick: Die Unruhen aus Sicht der Polizei

Auf der Polizeiwache der Ile de la Cité treffe ich Monsieur Padoin Daniel, zuständig für die Prävention von Straftaten.

„Für die Unruhen in den Vorstädten kann man nicht die Polizei verantwortlich machen. Den Tod der beiden Jungen haben die Jugendlichen nur als Vorwand benutzt“ erklärt er.



Die Unruhen hatten begonnen, nachdem zwei Jugendliche in Clichy-sous-Bois nach einer angeblichen Verfolgungsjagd durch die Polizei an Stromschlägen gestorben waren, als sie die Schutzwand eines Transformators überklettert hatten. Nach diesem Vorfall kam es 20 Nächte lang zu Ausschreitungen, zunächst nur im Heimat-

ort der Jugendlichen, später auch im Pariser Umland und in Städten wie Rennes, Marseille, Rouen, Lille und Dijon.

Zwei Erscheinungen hätten die Polizei besonders überrascht: Die Spontaneität der Unruhen und ihre blitzschnelle Ausbreitung. Die Bilanz der drei Wochen ist erschreckend: Im gesamten Land wurden 9.000 Fahrzeuge in Brand gesetzt und 96 öffentliche Gebäude zerstört. Neben den materiellen Schäden überraschen die Zahl und die Gewaltbereitschaft der Auf-

rührer. Jeden Abend zogen Gruppen von durchschnittlich 200 Jugendlichen los. 126 Polizisten wurden verletzt. 2832 Festnahmen gab es, der Jüngste war gerade einmal 10 Jahre alt. 640 Personen wurden inhaftiert, darunter 100 Minderjährige.

„Wir können nur abwarten“

Monsieur Daniel blickt skeptisch in die Zukunft. „Es kann jederzeit wieder zu ähnlich starken Unruhen kommen. Alles, was wir machen können, ist abwarten. Es braucht Zeit, bis sich die Lage in den Vororten dauerhaft entspannt hat.“

Was bleibt, ist die Diskussion um die „richtige“ Polizei-Strategie.

Die Franzosen sind geteilter Meinung über ihren Innenminister Nicolas Sarkozy und seine Taktik der kompromisslosen Härte. Mit seiner harten Linie habe er das Schlimmste verhindert, sagen die einen. Mit seinem Konfrontationskurs habe er die Probleme erst verschärft, sagen die anderen. Statt direkt den Dialog zu suchen, habe er noch mehr Öl ins Feuer gegossen, indem er die Jugendlichen als „Gesindel“ und „Abschaum“ bezeichnete und die Polizei anwies, mit gnadenloser Härte gegen die Randalierer vorzugehen. Kritisiert wurde besonders, dass Sarkozy Spezialeinheiten statt bürgernahe Beamte in die Gebiete schickte.

In einem Gastbeitrag in der FAZ schrieb Nicolas Sarkozy am 6. November 2005: „Ich bin für eine „Polizei der Nähe“. Ich finde es hervorragend, dass die Polizei eine enge Verbindung mit der Bevölkerung unterhält, dass sie ein Ohr für die Sorgen der Bürger hat, dass sie Verbände und Fachleute trifft. Aber eine „Polizei der Nähe“ darf, wie ich mehrmals erklärt habe, nicht zu Lasten einer Polizei der Ermittlung und Strafverfolgung gehen. [...] Wir dulden keine „rechtlosen Zonen“ mehr, in denen das organisierte Verbrechen und mafiös strukturierter Handel unbedrängt blühen und in denen sich die ehrlichen Leute gezwungen sehen, zu schweigen und den Blick gen Boden zu richten.“

Auch wenn die Polizei durch die Ereignisse „verlorenes Terrain“ zurück gewinnen konnte, wird ihre Arbeit schwierig bleiben. Ein Funke reicht, um das Feuer neu zu entfachen.

Porträt einer Generation

„Die heutige Jugend ist von Grund auf verdorben, sie ist böse, gottlos und faul. Sie wird niemals so sein wie die Jugend vorher, und es wird ihr niemals gelingen, unsere Kultur zu erhalten.“²

² Aufschrift auf einer 3000 Jahre alten babylonischen Tontafel

Ihre Gewalt haben die Jugendlichen vor allem damit begründet, sie seien Opfer von Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Fest steht: Gewalt als solche ist und bleibt illegitim. Das Ziel jedoch, das die Jugendlichen verfolgen, ist zweifelsfrei berechtigt. Soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Diskriminierung einzufordern, ist legitim. Ohne die Jugendlichen verteidigen zu wollen, muss man ihnen zugestehen, dass sie nicht viele andere Lösungen haben, um sich mitzuteilen. Und außerdem haben sie nichts zu verlieren.

Das Anzünden von Autos, besonders an Silvester, ist im Laufe der letzten Jahre zum Nationalsport der niederen Klassen geworden. Diese *tradition française* gab es vor den Unruhen in den Vororten und es wird sie auch weiterhin geben. Allein im Département Seine-Saint-Denis zählte man am 1. Januar 2006, zwei Monate nachdem dort jene Krawalle begonnen hatte, mehr als drei Dutzend zerstörte Autos.

„Nein“ zur Gewalt, „Ja“ zum Dialog

Mit insgesamt 425 Autos lag die Zahl jedoch unter der des Vorjahres. Ein Grund dafür könnte der Aufruf einiger Prominenter sein, die an die Jugend in den Vorstädten appelliert hatten, wählen zu gehen statt Steine zu werfen. Fußballspieler wie Lilian Thuram und William Gallas redeten den Jugendlichen ins Gewissen. „Geht wählen statt Autos anzuzünden“, sagte Gallas, „das ist die beste Antwort, die man Sarkozy geben kann.“ Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Tausende potentielle Erstwähler haben sich in die Wählerlisten eintragen lassen. Im Frühjahr 2007 wird es so weit sein. Dann wird von ihnen niemand für Sarkozy stimmen.

Aufgegeben hat man die Jugend in Frankreich noch nicht.

„40% unseres Budgets fließen in Jugendzentren und Vereine“ erklärt mir Monsieur Patrick Salou, zuständig für den „Service Tranquilité Publique“. In seinem Département, in Seine-Saint-Denis, wohnen mehr Ausländer als in jedem anderen französischen Département. Hier liegt wohl einer der Hauptgründe, weshalb die Front National im 93. Département regelmäßig ihre besten Wahlergebnisse erzielt. Die Arbeitslosigkeit ist mit 13,5% höher als anderswo im Land.

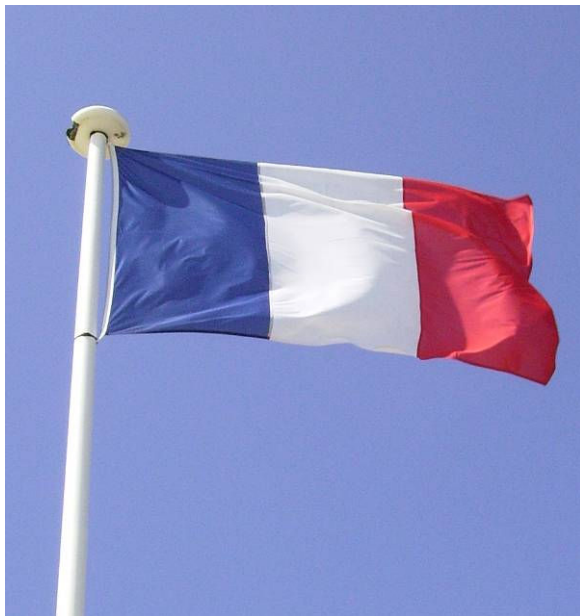
„Es ist ein dynamisches Département“ stellt Monsieur Salou treffend fest. Dynamisch ist es in jeder Hinsicht. Kriminalität und Drogenhandel sind an der Tagesordnung. „Aber wir haben auch andere Dinge zu bieten“ ergänzt Monsieur Salou und weist mich auf die Universität und das Stade de France hin. Darauf ist man hier stolz.

In **Nantes** besuche ich das CRIJ – Centre Régional Information Jeunesse. Hier hilft man Jugendlichen bei der Job- und Wohnungssuche, aber auch beim Planen ihrer Freizeit und Ferien. Jeder Service, auch der Internet-Zugang, ist kostenlos und die Jugendlichen bleiben anonym. Pro Tag schauen hier etwa 400-500 Jugendliche vorbei.

„La France se nomme diversité“³

Als man das Wort „Integration“ noch nicht kannte

In seinem kleinen Laden für afrikanische Kunst und Literatur finde ich Jean Ngapa. Vor genau vierzig Jahren ist der heute 61jährige aus Kamerun nach Frankreich gekommen. „Ich war jung und wollte was von der großen weiten Welt sehen, was erleben.“ Er hat es nie bereut, diesen Schritt gegangen zu sein. Für ihn und die 1. Generation gab es genügend Arbeitsplätze und ihre in Frankreich geborenen Kinder wurden dank des in Frankreich geltenden „Recht des Bodens“ sofort französische Staatsbürger.



Als 1962 die Franzosen aus Algerien abziehen mussten und quasi über Nacht Zehntausende aus den ehemaligen Kolonien in die Plattenbausiedlungen der großen Städte zogen, kannte man das Wort „Integration“ noch nicht.

„Les Beurs“

Mit Integrationsproblemen sieht sich erst die zweite Generation konfrontiert, die oft zwischen Assimilation an das französische Umfeld und Festhalten an der Familientradition schwankt. Ihr Name, „Les Beurs“, ist entstanden aus dem Wort „arabe“. Aufgrund des geringen Bildungsstandes der Eltern bleiben die schulischen Leistungen der Kinder aus Einwandererfamilien oft hinter anderen zurück. Manchmal beherrschen die Eltern noch nicht einmal die französische Sprache und die Kinder erhalten keine Motivation, die Sprache zu lernen.

Die französische Einwanderungspolitik

Während der konservative Innenminister Charles Pasqua in den frühen 1990er Jahren eine Null-Einwanderungs-Politik („Immigration Zéro“) verfolgt hatte, wurden ab 1997 viele der restriktiven Regelungen zurückgenommen. Für hochqualifizierte Arbeitnehmer, Wissenschaftler und Künstler wurde ein spezieller Einwanderungsstatus geschaffen. Auslän-

³ Fernand Braudel

der, die sich illegal im Land aufhielten, konnten einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten.

Mit den Konservativen unter Jean-Pierre Raffarin, die 2002 die Regierungsgeschäfte übernahmen, verschärfte sich das Asylrecht. Die Regierung verstärkte außerdem den Kampf gegen illegale Einwanderung.

Innenminister Sarkozy betonte, wie sehr ein Land wie Frankreich auf Einwanderer angewiesen sei. „Europas Grenzen sind nicht geschlossen und es ist auch nicht die Rede davon, sie zu schließen. [...] „Null Immigration“ ist ein gefährlicher Mythos. Ein Europa ohne Immigration ist aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen undenkbar.“

Gleichzeitig lehnt Sarkozy die extreme Position der Gegenseite ab. „Europa kann nicht alle diejenigen aufnehmen, die in ihm ein Eldorado sehen. Eine vollständige Öffnung der europäischen Grenzen würde zu einer politischen Destabilisierung führen.“⁴

Sarkozy tendiert zu einer kontrollierten Form der Immigration. Er wolle gezielt die Spitzenkräfte aus Afrika nach Frankreich holen, die die französische Wirtschaft brauche. Im Gegenzug profitiere auch Afrika: Die beruflichen Qualifikationen, die Immigranten in Frankreich gewinnen, kämen letztlich der Entwicklung ihres eigenen Landes zu Gute. Damit wehrt sich Sarkozy gegen die Vorwürfe einiger afrikanischer Politiker, die von Ausbeutung und Sklaverei sprachen und die Entwicklung Afrikas in Gefahr sahen.

Europäische Einwanderungspolitik

Die Frage, ob Europa ein einheitliches Zuwanderungsgesetz braucht, ist umstritten. Tatsache ist, dass Europa seit Jahren mit anderen Ländern der Welt, wie USA und Kanada, um ausländische Arbeitnehmer konkurriert. Diese entscheiden sich oft gegen Europa, nicht nur wegen der hier zu erwartenden geringeren Löhne und höheren sprachlichen Barrieren, sondern vor allem auch, weil die Integrationspolitik anderswo transparenter gestaltet wird. In der Einwanderungspolitik gelten in Europa 25 unterschiedliche nationale Politiken – für potentielle Arbeitnehmer ist dieses System kaum zu durchschauen. Wenn Europa seinen Status als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort behalten wolle, so die einen, dann führe kein Weg an einer gemeinsamen Regelung vorbei.

Andere, wie der EU-Kommissar für Justiz und Migration, António Vitorino, lehnen eine einheitliche Einwanderungspolitik ab. „Einwanderung ist eine viel zu komplexe Materie für ein einheitliches europäisches Modell. Sie bleibt in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten.“⁵ Während das eine Land nach Computer-Spezialisten suche, brauche ein anderes vielleicht gerade niedrig qualifizierte Kräfte für Jobs, die kein Einheimischer machen will.

⁴ „Le Matin“, erschienen am 08.07.2006

⁵ „Süddeutsche Zeitung“, erschienen am 20.03.2003

Einig sind sich beide Seiten darin, dass Europa auf Einwanderer angewiesen ist, um die Sozialsysteme zu entlasten und der demographischen Alterung entgegenzuwirken. Europa kann sich für die Zukunft keine Abschottung seiner Arbeitsmärkte leisten.

Fazit

Die Unruhen in den Vororten hätten letztlich niemanden überraschen dürfen. Soziologen haben schon früh darauf hingewiesen, dass durch jahrelange politische Vernachlässigung in den Vororten Parallelgesellschaften entstanden seien. Diese „ethnisch homogenen Viertel“ müssen nicht zwangsläufig die Integration verhindern. „Im Gegenteil, sie können das Ankommen in der neuen Welt erleichtern. Entscheidend ist, ob diese Viertel für ihre Bewohner Durchgangs- oder Endstation sind.“⁶

Vor elf Jahren bereits veröffentlichten die französischen Soziologen Francois Dubet und Didier Lapeyronnie ihr Buch „Aus den Vorstädten“, in dem es heißt: „In manchen Siedlungen entwickelt sich der Drogenhandel zum regelrechten Wirtschaftszweig. Eine Quelle von Gewalt und allgegenwärtiger Kriminalität.“

Ihre Warnung erscheint heute prophetisch: „Aus Hass und Kriminalität entsteht eine explosive Mischung, die sich in unmotiviert heftigen Gewaltausbrüchen entlädt. Der kleinste Zwischenfall kann in einen regelrechten „Krieg“ gegen die „Bullen“ ausarten.“

Die gegen Ende der 80er Jahre von französischen Soziologen gegründete Vereinigung „Banlieuscopie“ beobachtete und analysierte die Vororte, um den Behörden Vorschläge zur Problemlösung zu machen. Die Regierung zeigte kein Interesse. Sie sah hinter der Krise in den Vororten nur ein Sicherheitsproblem, eine Störung der öffentlichen Ordnung. Ihre Antwort war und ist Repression.

Für Frankreich dürfte sich dennoch die Arbeitslosigkeit als das größte aller Probleme erweisen. „The biggest lesson of the French riots is that more jobs are needed“ schrieb das britische Wochenmagazin „The Economist“. „In the deprived suburbs, a kind of soft terror rules. When too many young people see nothing ahead but unemployment after they leave school, they end up rebelling.“⁷ Arbeit fördert unsere individuelle Entwicklung und gibt Selbstvertrauen. Wie sollen die Jugendlichen Optimismus und Zuversicht entwickeln, wenn ihnen jegliche Perspektive für ihre berufliche Zukunft fehlt?!

⁶ „Die Zeit“, 10.11.2005

⁷ „The Economist“, 12.09.2005